

24.06.2016 – 13:29 Uhr

Uneinigkeit bei Glyphosat-Zulassung zum vierten Mal in Folge / EU-Abstimmungsergebnis ruft nach Ausstieg

Brüssel/Berlin (ots) -

Für Heike Moldenhauer, Pestizidexpertin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), belegt die fehlende Einigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Sachen Glyphosat das Misstrauen vieler Regierungen gegen Behauptungen, das Herbizid sei unbedenklich.

"Nicht einmal für eine Verlängerung des Glyphosat-Einsatzes bis zu 18 Monaten kam eine qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zustande. Die Kommission muss aus den Zweifeln der Mitgliedstaaten an der Unbedenklichkeit von Glyphosat den einzig richtigen Schluss ziehen und die Zulassung zum 30. Juni auslaufen lassen", sagte Moldenhauer.

"Entscheidet die EU-Kommission sich im Alleingang für eine Zulassungsverlängerung, so sind ihr die Gewinninteressen von Monsanto und Co. offensichtlich wichtiger als der Schutz von Mensch und Umwelt. Dies ist die Stunde des Vorsorgeprinzips, die Kommission muss zeigen, dass sie für eine EU der Bürgerinnen und Bürger und nicht der Konzerne steht", sagte Moldenhauer.

Das Urteil der Krebsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserregend ist, stehe weiter im Raum. "Für Krebs gibt es keinen unbedenklichen Schwellenwert. Außerdem ist noch nicht abschließend untersucht, ob das Herbizid das Hormonsystem des Menschen schädigt. Und unbestritten ist, dass Glyphosat einer der großen Verursacher des Artensterbens in der Agrarlandschaft ist", sagte Moldenhauer. Bei einem Glyphosat-Ausstieg seien die Übergangsfristen für Landwirte ausreichend gesetzlich geregelt. Wie eine Studie im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeige, seien Alternativen ebenfalls vorhanden.

"Die Glyphosat-Hersteller preisen den Einsatz ihres Pestizids als notwendig und alternativlos. Die Glyphosat-Befürworter in der Bundesregierung und die zuständigen deutschen Behörden, die in der EU federführend für die Bewertung waren, dürfen das Pestizid nicht länger verharmlosen. Der dauerhaft hohe Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft hat längst jede gesellschaftliche Akzeptanz verloren. Die Gesundheits- und Umweltkosten zahlt am Ende allein die Bevölkerung, während sich die Hersteller aus der Verantwortung stellen. Der Ökolandbau beweist täglich, dass eine umweltgerechte Landwirtschaft möglich und zukunftsfähig ist", so Moldenhauer.

Kontakt:

Heike Moldenhauer, BUND-Pestizidexpertin, Tel. 030-27586-456 bzw.
Annika Natus, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464, E-Mail:
presse@bund.net, www.bund.net

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100060190/100789871> abgerufen werden.